

Katharina Bluhm
Russland und der Westen

Katharina Bluhm

Russland und der Westen

**Ideologie, Ökonomie und Politik
seit dem Ende der Sowjetunion**



Matthes & Seitz Berlin

Inhalt

Einleitung	7
Teil I	
Liberalismus in Jelzins hybridem Regime	27
1. Liberalismus als radikale Marktideologie	33
2. Krieg der Programme	40
3. Kampf gegen den Leviathan	67
4. Kurshalten bis zum Staatsbankrott	90
Teil II	
Die konservative Gegenbewegung	119
5. Drei Varianten des Eurasianismus in den 1990er-Jahren	125
6. Die ideologischen Avantgardisten	145
7. Ringen um den Konservatismus im politischen Feld	170
8. Der Konservatismus wird zum Staatsprojekt	187
9. Die Rolle der russisch-orthodoxen Kirche	209
Teil III	
Politische Motive, Ideen und Konzepte	227
10. Der Staat als Entwicklungsmotor der Wirtschaft	233
11. Sozialer Konservatismus	250
12. Postliberalismus, Postmoderne und Tradition	262
13. Eine Makroregion für Russland in der multipolaren Welt	279

Teil IV	
Metamorphosen des russischen Staatskapitalismus	285
14. Der neopatrimoniale Staat als Modernisierungshemmnis	290
15. Drei Phasen des neuen Staatskapitalismus	297
16. Traditionelle Werte in Aktion	339
17. Der Kriegsführungsstaat	357
Schlussbetrachtung	381
Danksagung	391
Anmerkungen	393
Personenregister	467
Verzeichnis der Sekundärliteratur	475

Einleitung

Am Gegensatz von »Westlern« versus »Nichtwestlern« verläuft bis heute jene emotional aufgeladene Trennlinie im politischen Richtungstreit, der Russland nicht zur Ruhe kommen lässt. Wie bei einem Pendel bewege sich das größte Land der Erde zwischen den Polen »West« und »Ost« – so die sich wiederholende Metapher, wobei »Westler« und »Nichtwestler« hoffen, dieses Pendel der Geschichte ein für alle Mal anhalten zu können. Zu den »Westlern« zählen liberale Intellektuelle und Sozialdemokraten des 19. Jahrhunderts und frühen 20. Jahrhunderts, die internationalistischen Marxisten um Lenin, Trotzki und Bucharin sowie die Liberalen und Oligarchen der 1990er-Jahre. Zu den Nichtwestlern gehören die Slawophilen, Volkstümler (Narodniki) und Eurasier, die ebenfalls im 19. und frühen 20. Jahrhundert die politisch-intellektuelle Bühne betraten. Eine neue Generation von »Nichtwestlern« initiierte Ende der 1990er-Jahre die konservative Gegenbewegung zu Jelzins jungen Reformern und der von ihnen vorangetriebenen Integration Russlands in die vom Westen dominierte liberale Welt- und Wirtschaftsordnung, die heute die Agenda des Putin-Regimes zu bestimmen scheint.

Was der Kollektivsingulär »Westen« in der genannten Trennlinie bezeichnet, hat sich allerdings stark verändert. Als im 19. Jahrhundert Fjodor Tjutschew seine unvollendete Abhandlung »Russland und der Westen« (1849) begann und Nikolai Danilewski seine berühmte Schrift *Russland und Europa* (1869) schrieb, setzten sie Europa mit Westeuropa und dem Westen gleich. Während man in China Russland als Teil des Westens begriff, da das Zarenreich

gegenüber dem Reich der Mitte als eine Kolonialmacht im Wettstreit mit Frankreich, Großbritannien, Belgien, Portugal und den Niederlanden auftrat, fällt Danilewski sein berühmtes Urteil »Russland ist nicht Europa«. Es sollte folglich seine Bestrebungen aufgeben, im politischen System Europas mitreden zu wollen. Denn die »slawische Welt« sei eine von der »germanisch-romanischen Welt« völlig verschiedene Zivilisation, und die Einmischung in Europa habe Russland niemals einen wirklichen Nutzen gebracht. Nordamerika taucht in Danilewskis »fauligem« Westen noch nicht auf; er beschreibt den neuen Kontinent vielmehr als eine aufsteigende, junge Zivilisation, die sich von Europa emanzipiert. Erst die Eurasier in den 1920er- und 1930er-Jahren machten aus dem Satz »Russland ist nicht Europa« einen globalen Antagonismus zwischen dem »Westen« und »dem Rest der Welt«, wobei auch hier Westeuropa noch im Vordergrund stand.¹

Im Zweiten Weltkrieg und im darauffolgenden Kalten Krieg verwandelte sich der »Westen« in den von den USA dominierten transatlantischen Militär- und Wirtschaftsblock. Diese Vorstellung westlicher Hegemonie erfuhr im neuen Russland zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine dramatische Neuauflage, angereichert um die Macht der deregulierten globalen Finanzmärkte über die Staaten, um die nach 1949 entstandenen transnationalen Organisationen und vor allem um die transnationalen Eliten, die sich auf ihre Interessenvertreter in den jeweiligen Ländern stützen können. Das Hochgefühl der US-amerikanischen Eliten nach 1989, nun die einzig verbliebene Supermacht zu sein, und ihr Unilateralismus haben diese Deutung des Westens außenpolitisch befeuert. Der so definierte Westen lässt sich wiederum gut von Europa, vor allem von Kontinentaleuropa abtrennen, um dort nach Verbündeten zu suchen. »Westen« meint heute aus russischer Sicht weder die Länder Europas noch die USA an sich, sondern die sie verknüpfende komplexe transnationale Struktur, die es den USA erlaubt, als globaler Hegemon zu agieren. Die Europäische Union wie die NATO gehören zu dieser Struktur.

Der Begriff des Westens ist jedoch nicht nur eine Fremdzuschreibung, sondern fungiert im »Westen« auch als positive Selbstbezeichnung.

nung und -abgrenzung. Er ist ein asymmetrischer Gegenbegriff zum »Osten«, asymmetrisch deshalb, weil in ihm eine historisch tief-sitzende Überlegenheitsattitüde eingebaut ist.² Spricht man vom Westen, so teilt man zudem das geographische Europa, das eigentlich bis zum Ural reicht.

Die ideologische Reaktivierung eines fundamentalen, zunehmend antagonistischen Gegensatzes zum »Westen«, die sich in Russland schrittweise vollzog, hat dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine den Weg geebnet. Er wird nicht nur im Namen des »historischen Russlands« und des »Großen Vaterländischen Krieges« gegen Nazideutschland geführt, sondern zum Aufstand gegen westliche Dominanz erhoben. Die überzeichnende Rhetorik einer anstehenden »Dewesternisierung« und »Deeuropäisierung«³ der Welt kann an die Rolle der Sowjetunion bei der Befreiung der europäischen Kolonien in Afrika und Asien nach 1945 anknüpfen. Und sie findet auch im Jahre 2022 im sogenannten Globalen Süden Resonanz, der eine neue Bipolarität zwischen den USA und China verhindern möchte. Dafür wird Russland als eigenständiger Akteur gebraucht.

Zwischen dem Kalten Krieg und dem heißen Krieg in der Ukraine kam aber zunächst ein anderes Erbe der Sowjetunion und des Kalten Krieges zum Tragen: Bereits Lenins Begeisterung für die industrielle Massenproduktion nach dem Vorbild der Ford-Werke Anfang der 1920er-Jahre markierte eine Umorientierung der jungen Sowjetunion von Westeuropa in Richtung USA, die trotz oder gerade wegen der geostrategischen Rivalität erhalten blieb. Der 40-jährigen dualen Weltordnung (begleitet von kleineren und größeren Stellvertreterkriegen mit den USA) folgte Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre eine kurze Phase außerordentlicher Offenheit der russischen Elite, der Intellektuellen und der Bevölkerung insgesamt gegenüber westlichen, vor allem US-amerikanischen Einflüssen. Sie versprachen sich von dieser Öffnung eine Rückkehr in die »zivilisierte Welt« und ein erfolgreiches Wirtschaftsmodell, mit dem sich rasche Wohlstandsgewinne für eine breite Mehrheit in der Gesellschaft erzielen lassen.

Man könnte im Nachhinein sagen, dass diese kurze Euphorie gar nicht von Dauer sein konnte, eine Enttäuschung unvermeidbar war

und sich bereits die Kräfte formierten, die gegen eine Westintegration opponierten. Andrei Tsygankov betont dies, wenn er 2012 in seiner Monographie *Russia and the West from Alexander to Putin* auf die Enttäuschung über die fehlende Anerkennung vor allem seitens der USA verweist. Demnach sei die russische Außenpolitik gegenüber dem Westen traditionell von Prestige und Ehre geleitet. Sehe sich die russische Elite vom Westen ausreichend anerkannt, so sei sie zur Kooperation bereit, werde Anerkennung verweigert und das innere Ehrgefühl verletzt, so grenze sie sich ab oder versuche gar, die eigenen Positionen aggressiv durchzusetzen.⁴ Ein ähnliches Argument kommt auch in der Formel vom »subalternen Imperium« zum Ausdruck, die Wjatscheslaw Morosow geprägt hat.⁵

Das verletzte Ehrgefühl spielt für die russische Elite zweifellos eine große Rolle. Was aber heißt Anerkennung in diesem Fall? Die eingeforderte *Art* der Anerkennung impliziert im Kern die Anerkennung Russlands als Großmacht, der man eigene Einflusszonen zubilligen hat, die weit nach Europa hineinreichen, was mit Danilewskis Urteil, dass Russland nicht Europa ist, wenig zu tun hat. *Diese* Anerkennung haben die USA und die um Ostmitteleuropa erweiterte Europäische Union verweigert.

Die wechselseitige Entfremdung zwischen Russland, Europa und den USA lässt sich jedoch nicht allein über die Außen- und Anerkennungspolitik erklären, man muss auch die internen Konflikte in Russland in den Blick nehmen und genauer verstehen, worum es dabei geht. Erst wenn beides in seiner Wechselwirkung gedacht wird, lässt sich begreifen, wie außenpolitische Ereignisse zum wachsenden Autoritarismus beitragen und wie, umgekehrt, die innere Entwicklung Russlands die außenpolitische Interaktion mit den USA und dem politischen Europa zusehends erschwert.

Im Mittelpunkt meines Buches steht die Genese und Wirkung einer sich als konservativ begreifenden Gegenbewegung innerhalb Russlands. Sie richtet sich gegen das marktliberale Reformprojekt der 1990er-Jahre und gegen die von ihm vorangetriebene Westintegration, die die Entstehung einer Oligarchie und Russlands Reduktion auf einen Exporteur von Rohstoffen und Kapital ermöglicht hat. Diese Gegenbewegung ist eng mit der Genese und dem Wandel des

Putin-Regimes verbunden, aus deren Arsenal sich die russische Propaganda bedient, um Russlands Eroberungsfeldzüge in der Ukraine seit 2014 ideologisch vorzubereiten und zu legitimieren. Aber sie ist nicht mit Putins Propagandamaschinerie identisch und sie wird auch nicht einfach mit Putin verschwinden.

Anders als Alexander von Scheltings wegweisende Diskursanalyse von 1948, *Rußland und Europa im russischen Geschichtsdenken*, bewegt sich meine Arbeit im Feld der historischen Soziologie. Das heißt, ich habe mir die Aufgabe gestellt, eine wichtige ideologische Strömung Russlands nach 1989 im Kontext sozioökonomischer Entwicklung und politischer Ereignisse zu betrachten sowie deren Einfluss auf die schrittweise Herausbildung einer neuen Staatsideologie und eines oligarchischen Staatskapitalismus zu analysieren. Fünf Thesen möchte ich voranstellen, die in diesem Buch ausgeführt werden.

Erstens: Die 1990er-Jahre sind für das Verständnis der Genese und Wirkung der konservativen Gegenbewegung zu Liberalismus und Westintegration entscheidend. In dieser Zeit prägte sich die neue Konfrontation zwischen den jungen Reformern und der Opposition zu einer neuen Variante des alten Konfliktes zwischen den »Westlern« und »Nichtwestlern« aus. Sie enthält gleichsam den Urkonflikt, den das Putin-Regime »bewirtschaftet«, ohne einen Elitekonsens herstellen zu können. Dieser betrifft zum einen die geopolitische Ausrichtung des Landes, aber auch – und eng damit verbunden – das Verhältnis zwischen Staat und Markt. Beides trägt zum Antagonismus zwischen den liberalen »Westlern« und den Vertretern eines eigenen, »russischen Weges« bei. Der Richtungsstreit um das »richtige« innere Entwicklungs- bzw. Wachstumsmodell für Russland bildet einen wichtigen Schlüssel für die russische Außenpolitik und prägt die Evolution eines neuen russischen Staatskapitalismus bis zum Ukrainekrieg. Dieser oligarchische, rohstoffgetriebene Staatskapitalismus war von keiner der beiden Seiten intendiert. Er ist in Bezug auf die bestehenden Wirtschaftsstrukturen restaurativ, hat sich aber zugleich in den bisherigen Krisen als relativ anpassungsfähig erwiesen, ohne aber ein dynamisches Wachstumsmodell zu generieren.

Zweitens: Die westliche Debatte um die Reideologisierung des Putin'schen Regimes krankt an der Vorstellung, dass es ein paar wenige »Spin-Doktoren« gäbe, die Ideen produzierten und das Denken des Autokraten beeinflussten, sofern sie Gehör finden. Symptomatisch für diese Personalisierung einer Bewegung ist die wiederkehrende Suche nach *dem* »Chefideologen« oder dem *einen* Buch, das den Autokraten geprägt haben soll. So wird gern auf den Antikommunisten und großrussischen Nationalisten Iwan Iljin (1883–1954) verwiesen. Auf Initiative des bekannten Regisseurs, orthodoxen Monarchisten und Putin-Getreuen Nikita Michalkow waren die sterblichen Überreste des von Lenin aus Russland verbannten Weißgardisten Iljin 2005 aus der Schweiz in das Donskoj-Kloster überführt und im Beisein Putins beigesetzt worden. Später fanden seine Texte Eingang in das russische Zentralabitur.⁶ Was die zeitgenössischen Einflüsterer betrifft, fällt meist zuerst der Name Alexander Dugin (1962*), den eine französische Schlagzeile zum »Hirn« Putins erkor. Solche Figuren sind aber eher nur die Spitze des Eisbergs. Eine derartige Reduktion auf einzelne Vordenker hat mit der realen Genese und dem Wandel moderner Ideologien als politische Überzeugungssysteme wenig zu tun, an deren Entstehung und Kodifizierung Akteure aus unterschiedlichen sozialen Sphären mitwirken.⁷ Die Wirksamkeit von Ideologien hängt davon ab, ob sie eine diskursive Hegemonie erlangen, wofür es nicht nur Ideenproduzenten bedarf, sondern auch einer entsprechenden kommunikativen und institutionellen Infrastruktur, die hochgradig vermachtet ist.

Drittens: Bei der konservativen Gegenbewegung zu Liberalismus und Westintegration Russlands handelt es sich nicht einfach um eine restaurative Bewegung, die einen vergangenen Zustand wiederherstellen will, ob nun das zaristische Imperium oder eine Art neuer Sowjetunion. Illiberale Konservative mobilisieren zwar auf fatale Weise die Vergangenheit, aber es geht ihnen dabei um die Rückgewinnung von Zukunft, um die Rolle und den Platz Russlands in einer sich massiv verändernden Welt. Ihre Vorstellung von Liberalismus ist vor allem vom Wirtschafts- oder Neoliberalismus geprägt, dem sie eine etatistische Entwicklungsagenda entgegenstellen, die eine staatlich gelenkte und protektionistische Entwicklung des

Binnenmarktes zu ihrem Dreh- und Angelpunkt macht. Dabei wird nicht nur die Beziehung zwischen Russland, Europa und dem Westen neu definiert, sondern auch die zwischen dem »Westen« und »dem Rest der Welt«. Der Aufstieg Chinas und Indiens macht für diese Bewegung die Zukunftsfrage ebenso dringlich wie die erneute Weigerung des »Westens«, Russlands Besondersein anzuerkennen. Die Protagonisten der konservativen Gegenbewegung sind sich darin einig, dass Russland *nur* als Großmacht existieren kann, dass seine Einheit und Identität davon abhängt. Was ihre Protagonisten genau unter Russlands »nationaler Identität« verstehen, unterscheidet sich indes erheblich.

Viertens: Der Kulturhistoriker Boris Groys bescheinigt der russischen Kultur eine »extreme Empfindlichkeit für die Unzufriedenheit des Westens mit sich selbst«. Sie suche »gleichzeitig Verbindung und Opposition zum Westen«. ⁸ Diese Haltung prägt auch den heutigen russischen Konservatismus, der die kritischen Diskurse im Westen aufgesogen hat und sie gegen ihn wendet. Seine Protagonisten haben die Geschichte des europäischen Konservatismus, die Forschung über ihn, aber vor allem auch die kritische Literatur über Massendemokratie, Postliberalismus und Postmoderne rezipiert. Dabei spielen – neben der gegenwärtigen Kritik – die 1920er- und 1930er-Jahre eine wesentliche Rolle. Die intellektuelle Rückkehr zur europäischen Zwischenkriegszeit lässt sich nicht nur in Russland beobachten, sondern auch in Polen oder Ungarn.

Fünftens: Die Unzufriedenheit mit dem Neoliberalismus und dem Verlauf der Globalisierung seit den 1990er-Jahren ist kein russisches Alleinstellungsmerkmal. Sie hat in vielen Weltregionen vor allem nach der Finanzmarktkrise 2008/2009 deutlich zugenommen. Während anfangs vor allem linke Protestbewegungen wie Occupy Wallstreet die politische Weltbühne zu bespielen schienen, haben zunehmend autoritäre und rechtsnationalistische Bewegungen an Bedeutung gewonnen, deren gemeinsamer Nenner die Überzeugung ist, dass die finanzmarktgetriebene und kulturelle Globalisierung zu weit und der Nationalstaat gegenüber transnationalen Strukturen zu schwach geworden ist, um die Interessen einer imaginierten gesellschaftlichen Mehrheit zu vertreten. Russlands konservative Gegen-

bewegung gehört zu dieser Strömung und beansprucht zugleich eine besondere Rolle für Russland.

Als Einstieg in mein Buch möchte ich einige konzeptionelle Überlegungen darlegen. Da Ideologie im Kontext von Autoritarismus lange Zeit ignoriert wurde, gilt es zunächst zu klären, was ich unter Ideologie verstehe und wie sich Ideologie zu Autoritarismus verhält. Danach erläutere ich, warum es sinnvoll ist, von einem illiberalen Konservatismus in Russland zu sprechen; schließlich begründe ich, warum dieses Buch weniger den Fokus auf die historischen Kontinuitätslinien im russischen Konservatismus legt, sondern auf dessen Neukonfiguration.

Autoritarismus und Ideologie

Als einen wesentlichen Unterschied zwischen dem Totalitarismus des 20. und dem modernen Autoritarismus des 21. Jahrhunderts führt die Politikwissenschaft die An- bzw. Abwesenheit einer umfassenden und in sich geschlossenen Weltanschauung an. Nach Hannah Arendt brauchen totalitäre Bewegungen Ideologien, allerdings »nicht um ihres utilitaristischen Inhalts willen«, da für sie »nur die eigentümliche Form« wichtig sei, »in welche alle Ideologien ihre Aussagen einkleiden, die Form der unfehlbaren, allwissenden Voraussage«. ⁹ Denn nur solche expansiven Ideologien erlauben die permanente Mobilisierung der Massen unter einem Führer sowie die Kontrolle über alle öffentlichen Diskurse. Sie werden durch ein System von Dogmen, Symbolen, Riten und Geboten institutionalisiert, die in der Summe auf die *ganze* kollektive Existenz einer Gesellschaft und *jedes einzelnen* Individuums zielen. ¹⁰

Autoritären politischen Regimen wird hingegen nicht nur eine totalitäre Ideologie abgesprochen, viele Politikwissenschaftler machen das Fehlen einer solchen geschlossenen und expansiven Ideologie zu einem ihrer Merkmale. Einige Autoren billigen autoritären Regimen lediglich eine »traditionelle Mentalität« als »quasi-natürliche Begleiterscheinung« zu, wobei Patriotismus bzw. Nationalismus dazu gezählt werden. ¹¹ Mehr noch, für moderne Autokratien seien formal-demokratische Wahlverfahren, Wohl-

standsgewinne, eine gewisse Medienpluralität und Reisefreiheit weit-
aus wichtiger als eine Staatsideologie. Sie ließen sich auch ungern
ideologisch festlegen, um flexibel auf neue Umstände reagieren zu
können.

In ihrem Buch, das kurz vor dem zweiten Überfall Russlands in
der Ukraine 2022 erschien, versuchen Sergei Guriev, der 2023 auf die
Liste der »ausländischen Agenten« in Russland gesetzt wurde, und
Daniel Treisman einen neuen Typ von Tyrannei im 21. Jahrhundert
zu beschreiben, der auf einem rein instrumentellen Verständnis der
Rolle von Ideologie in autoritären Regimen beruht. Die Autoren
bezeichnen diese neue Form der Tyrannei als Herrschaft der »spin
dictators«¹², deren Kern in einer geschickten Manipulation der
öffentlichen Meinung bei Wahrung des Anscheins von Meinungs-
vielfalt besteht. Putin gilt ihnen als prägnantestes zeitgenössisches
Beispiel für einen solchen »Spin-Diktator«. Zugespitzt gesagt, be-
folgen Spin-Diktatoren ein paar wenige Regeln: Anders als bei klas-
sischen Despoten beruht ihre Macht auf hohen Zustimmungswerten
in der Bevölkerung (die sie vor potentiellen Gegengelen schützen).
Diese Werte werden durch eine subtile Manipulation der Medien
und ein umfassendes »social engineering« der Bevölkerung erreicht,
wobei offene Zensur vermieden und eine scheinbare Medienpluralität
so lange wie möglich erhalten bleibt. Eine totalitäre Mobilisie-
rungsideologie ist daher nicht vonnöten. Im Gegenteil. Die Rhetorik
von Spin-Diktatoren strahle kühle Kompetenz und Expertise aus,
gelegentlich populistisch gespickt mit sozialistischer oder nationalis-
tischer Terminologie – so Guriev und Treisman. Hat der Spin-Dik-
tator einmal Massenpopularität erreicht, nutzt er sie, um seine Macht
zu konsolidieren. Er nimmt Verfassungsänderungen vor, füllt die
Gerichte, Exekutive und Legislative mit Loyalisten, verändert Wahl-
modi zu seinen Gunsten u. Ä. m. Das abschließende Mittel dieser
Spin-Diktatoren sei es, den Anschein zu erwecken, demokratisch
und freiheitsliebend zu sein. Gewaltsame Repressionen seien zu ver-
meiden. Repression ist in jedem autoritären Regime ohnehin nur die
Ultima Ratio, was sie systematisch von totalitären Regimen un-
terscheidet, für die nach Arendt offener und verdeckter Terror ein kon-
stitutives Element darstellt.

Die Analyse von Guriev und Treisman zeigt in erhellender Weise, welche Mechanismen Putin genutzt hat, um das Land und dessen Eliten zu regieren. Aber die Verwandlung Putins vom »Modernisierer« zum »Reaktionär« kann dieser Ansatz allenfalls mit der Altersstarrheit und Isolierung des einst so agilen Geheimdienstlers aus einfachen Verhältnissen erklären. Die Autoren räumen selbst ein, dass sich ihr neuer Typ von Tyrannei auf Russland vor 2022 bezieht. Die Verwandlung des Regimes selbst aber können sie lediglich damit erklären, dass der Tyrann endlich die Stufe erreicht hat, auf der er das tun kann, was er schon immer beabsichtigt hatte, oder aber dadurch, dass das Spin-Diktatorship aus irgendwelchen Gründen nicht mehr richtig funktioniert. Nie aber wird der »Spin-Diktator« als *Teil* des ideologischen Diskurses in der Elite und der Gesellschaft betrachtet.

Kein politisches System ist wirklich ideologiefrei, weder ein demokratisches noch ein autoritäres oder ein Hybrid aus beidem. Ideologien kann man weder auf ein »falsches Bewusstsein« reduzieren noch handelt es sich immer um von Anführern oder deren »Chefidologen« verfasste Weltanschauungen, die sich ins Bücherregal stellen lassen. Ideologien sind geteilte politische Überzeugungssysteme im weiten Sinne, die wir nutzen, um uns die Welt zu erklären und daraus politische Handlungsanforderungen abzuleiten. Solche Überzeugungssysteme verknüpfen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, sind mal mehr, mal weniger theoretisch-systematisch, ideengeschichtlich und kulturhistorisch beladen. Sie können offen für wissenschaftliche Erkenntnisse sein oder sich ihnen gegenüber ganz und gar verschließen und zu quasi-religiösen Glaubenssätzen werden. Ideologie, so verstanden, ist zugleich in Institutionen, in die Verfassung, in die Regeln des politischen Umgangs und in politische Debatten eingeschrieben. Sie liefert Prämissen und Orientierung für politische Entscheidungen.

Der in dieser Arbeit verwendete weite und neutrale Begriff von Ideologie als handlungsorientierende politische Überzeugungssysteme lenkt die Aufmerksamkeit auf die diskursiven Kämpfe, die in einer Gesellschaft mit ihren Parteien, Medien, Intellektuellen, Künstlern und sozialen Bewegungen ständig stattfinden.¹³ Ideo-

logien sind daher nie das Produkt Einzelner, sondern speisen sich aus einer Vielzahl von Quellen, werden geschrieben und neu geschrieben, interpretiert und reinterpretiert, entstehen und vergehen. Spitzenpolitiker:innen¹⁴ sind selten konzeptionell tätige Ideologen, die originäre Motive, Themen und Konzepte zur Generierung von Überzeugungssystemen beitragen. Sie benutzen diese zumeist auch nur selektiv. Sie haben allerdings ebenso selten überhaupt keine Welterklärungen und Überzeugungen, auch wenn das politische Kerngeschäft von situativer Anpassung geprägt ist. Denn selbst die dezidierte Ablehnung von »Ideologie« geschieht nicht ohne Überzeugungen.

Ideologie lässt sich somit auch nicht mit Propaganda gleichsetzen. Sie liefert zwar das Material dafür oder benutzt umgekehrt Propaganda als Instrument ihrer Verbreitung. Aber Propaganda folgt per Definition instrumentellen Zwecken: Man will *andere* dazu bringen, etwas zu glauben und sich entsprechend zu verhalten. Sie beruht auf der Distanz zwischen den Betreibern der Propagandamaschinerie und deren Produkten. Denn es ist nicht notwendig, dass diejenigen, die sie füttern, selbst davon überzeugt sind. Ideologien sind hingegen ebendeshalb politische Überzeugungssysteme, weil man sich mit ihnen die Welt erklärt und diese Erklärungen mit anderen teilt.

Auch wenn Ideologie in jedem politischen System steckt, können die Rolle, die Art und die Bedeutung von Ideologie erheblich variieren. Generell tritt Ideologie in Umbruchszeiten und schweren Wirtschaftskrisen deutlicher hervor, wenn vermeintlich gesicherte Überzeugungssysteme erschüttert werden. In Russland lässt sich allerdings, wie kaum anderswo, die Rückkehr einer geschlossenen, doktrinären Staatsideologie nach einer Phase der Öffnung beobachten, auch wenn sie lediglich als Wiederherstellung der »traditionellen Werte« daherkommt. Bei der Formierung dieser neuen Staatsideologie spielen die Motive, Ideen und Konzepte der konservativen Gegenbewegung eine entscheidende Rolle. Mit der Kodifizierung »traditioneller Werte« als Staatsdoktrin konstruiert sich das illiberale und konservative Russland als Alternative und Antagonist zum heutigen Westen, der seine vermeintliche Vorherrschaft in der Welt verliert. Es versucht zugleich, positiv einen normativen Identitätskern

festzuschreiben, der gegen all jene gekehrt werden kann und wird, die dieser Identitätskonstruktion nicht folgen. Damit findet die Reideologisierung des autoritären Regimes ihren Abschluss.

Begriffsabgrenzungen

Karl Mannheim unterscheidet zwischen dem modernen politischen Konservatismus und einer konservativen Haltung im Alltag, die einen Status quo bewahren will. Der berühmte Wissenssoziologe reserviert für Letztere den Begriff des Traditionalismus. Vom Traditionalismus hebt Mannheim den politischen Konservatismus als einen Denkstil in der Moderne ab, der sich in Beziehung zu anderen Ideologien setzt, gesellschaftliche Entwicklungen verarbeitet und politische Prämissen formuliert, also bewusst und reflexiv ist.

Der politische Konservatismus grenzt sich für Mannheim in den 1920er-Jahren sowohl vom Sozialismus/Kommunismus ab als auch vom Liberalismus, womit er vor allem den europäischen bzw. deutschen Konservatismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts im Blick hat. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich in den USA und Westeuropa eine spezifische Fusion von Konservatismus und Liberalismus bzw. (ab den 1980er-Jahren) Neoliberalismus herausgebildet, der die Globalisierung stützte.¹⁵ Diese Fusion wird auch im Westen seit einigen Jahren in Frage gestellt. Wieder einmal, so lässt sich mit Karl Mannheim formulieren, wird der Konservatismus nicht nur gegen den Sozialismus/Kommunismus, sondern auch gegen den Liberalismus gekehrt.¹⁶ Russlands neue illiberale Konservative sind hier jedoch ein Extremfall, nicht nur weil die Ablehnung des Liberalismus hier besonders radikal ausfällt, sondern auch weil er per se mit dem Westen gleichgesetzt wird. Es kann danach auch keine eigene liberale Tradition geben.

Für die sich als Konservative bezeichnenden Herausforderer des liberalen Konservatismus im Westen wird meist der Begriff des rechtsautoritären Populismus verwandt.¹⁷ Populistische Politiker:innen beanspruchen im Namen des Volkes gegen die Eliten zu sprechen. Zweifelsohne ist Putin ein Populist, das hat er in der Vergangenheit mehrfach gezeigt. Aber der Begriff des Populismus verengt

die Perspektive auf die ideologische Konfrontation sowohl in Europa und den USA als auch in Russland.

Der offene Krieg in der Ukraine seit der Krim-Annexion 2014, die eskalierende Repression von Andersdenkenden im Inneren sowie die gewachsene Ideologisierung haben eine heftige Debatte darüber ausgelöst, ob das autokratische Regime als faschistisch bezeichnet werden muss. Der Osteuropahistoriker Timothy Snyder gehört zu den prominentesten Vertretern der Auffassung, dass Moskau die neue Hauptstadt des Faschismus sei.¹⁸ Für die wissenschaftliche Analyse halte ich den Begriff dennoch für wenig hilfreich, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens ist »Faschismus« zu einem politischen Kampfbegriff geworden, von dem die wissenschaftliche Analyse kaum abstrahieren kann. Die Invasion Russlands in die Ukraine und der Kampf der Ukraine gegen ihre kulturelle, psychische und physische Vernichtung werden in den Kategorien und Symbolen des Zweiten Weltkrieges ausgetragen. Die ukrainische Regierung wird von der russischen Propaganda als Nazis beschimpft, das Putin-Regime von den Ukrainern als faschistisch. Der Begriff »Faschismus« verschmilzt dabei mal mehr und mal weniger explizit mit dem deutschen Nazi-Regime und dem Holocaust. Diese politisierte Verwendung demonstriert, dass der Begriff nur schwer aus seinem historischen Entstehungskontext herausgelöst werden kann.¹⁹

Zweitens variieren die aktuellen Definitionen von Faschismus stark, die genau eine solche Herauslösung versuchen. Sie reichen von dem Versuch, ein »faschistisches Minimum«²⁰ – nämlich eine »revolutionäre Form« des Ultrationalismus – zu definieren, bis zur Bestimmung struktureller Regimeeigenschaften wie voll ausgeprägter Autoritarismus, Massenunterstützung, Personenkult und einem aktiven, personalistischen Führungsstil.²¹ Die in der ersten Definition vorgenommene Gleichsetzung des Faschismus mit Ultrationalismus als »faschistisches Minimum« rekurriert auf eine Ideologie der revolutionären Wiedergeburt der Nation, die mit radikaler politischer Modernisierung unter charismatischer Führung verknüpft ist. Aus meiner Sicht kritisieren Maurizio Bach und Stefan Breuer zu Recht, dass sich Faschismus und Nationalismus so nicht mehr unter-

scheiden lassen.²² Ganz abgesehen davon, dass Imperien gar nicht mitgedacht werden. Bach und Breuer schlagen vor, sich weniger auf die faschistische Ideologie als auf die faschistische Bewegung zu fokussieren, die von einer »Gesinnungspartei«, einem Gemeinschaftsbund unter charismatischer Führung vorangetrieben wird, welche das Gewaltmonopol des Staates nicht anerkennt und sich, einmal an der Macht, durch »Sakralisierung der Politik« vor der Veralltäglichen schützt.

Mit diesem Fokus auf Bewegungsideologie und -partei bricht die zweite Definition, die direkt auf Putins Russland zugeschnitten ist. Sie unterstellt faktisch einen von oben betriebenen Staatsfaschismus ohne eine faschistische Gesinnungspartei. Massenunterstützung in Umfragen bedeutet jedoch noch nicht Massenmobilisierung, die einer ideologischen Motivierung bedarf. Ohne dieses energetische Element ist der Faschismus kaum von einer Autokratie zu unterscheiden, die auf eine Person zugeschnitten ist.

Russlands konservative und neoimperiale Staatsideologie ist jedoch gerade keine radikale Erneuerungsideologie noch ist die »Partei der Macht« eine Gesinnungspartei. Putins Legitimität beruhte lange Zeit auf einem Stabilitätsversprechen und auf einer Depolitisierung der Gesellschaft. Politische Mobilisierung für ein nationales Projekt (und sei es ein Krieg) war darin – zum Leidwesen der illiberalen Konservativen – nicht vorgesehen. Die Formel von der Spezialoperation und die Massenflucht aus der Russländischen Föderation²³ nach Putins Befehl zur Teilmobilisierung im September 2022, der ersten nach dem Zweiten Weltkrieg, legen davon ein beredtes Zeugnis ab.

Ich halte daher den Faschismus-Begriff aus dem 20. Jahrhundert für ungeeignet, um das Putin'sche Regime und dessen Rückkehr zu einer offiziellen Staatsideologie zu begreifen, auch wenn sie totalitäre Züge annimmt. Die vorschnelle Gleichsetzung von Russlands Staatsideologie mit Faschismus erschwert zudem das Verständnis dafür, was in der internationalen Politik vor sich geht. Wenn man Moskau zum Machtzentrum eines neuen Faschismus erklärt, begreift man weder die Resonanz des postkolonialen Auftretens Russlands gegenüber dem Westen im Globalen Süden noch das Verhalten Chinas, Indiens, Brasiliens oder Südafrikas in diesem Konflikt.